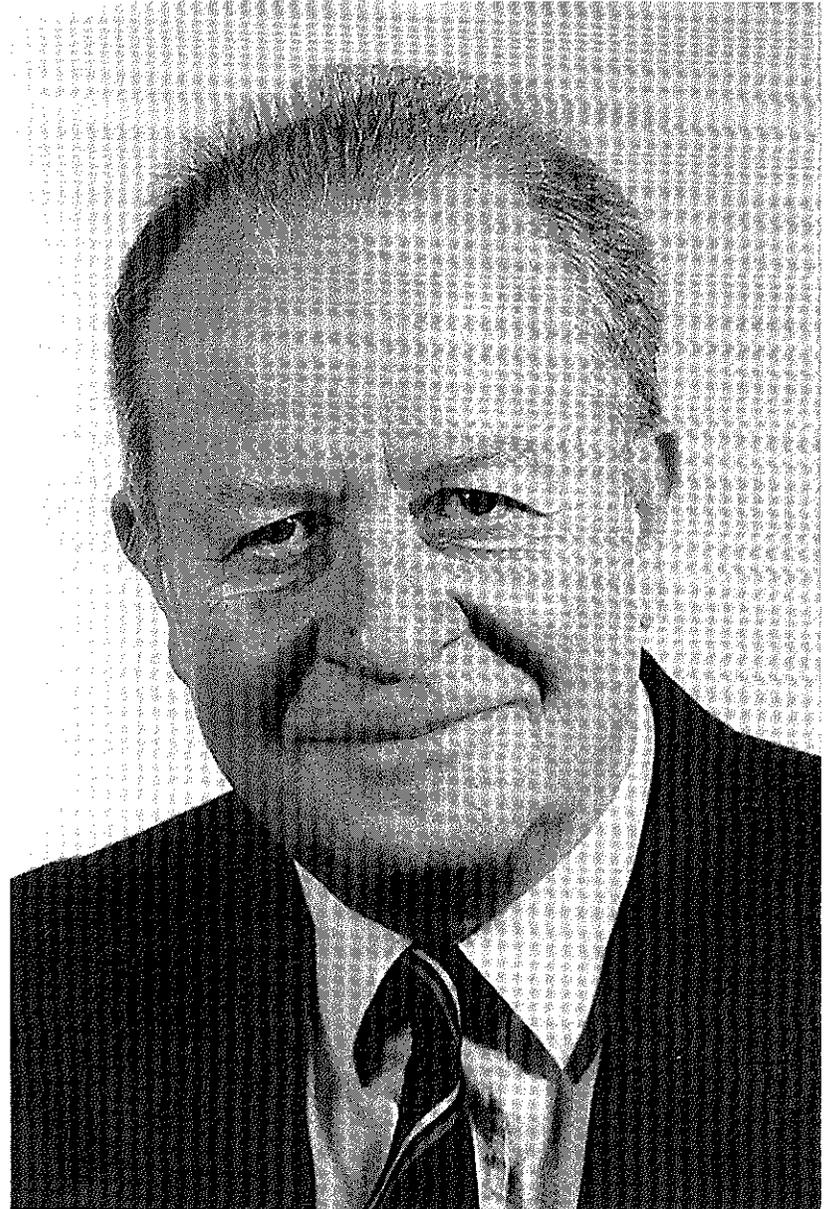


Preis des Historischen Kollegs

Siebte Verleihung
23. November 2001



Wolfgang Reinhard

Begrüßung durch den Vorsitzenden des Kuratoriums des Historischen Kollegs

Professor Dr. Lothar Gall

Herr Bundespräsident,
Herr Staatsminister,
lieber Herr Reinhard,
meine sehr verehrten Damen und Herren,
zur diesjährigen Verleihung des Preises des Historischen Kollegs begrüße ich Sie alle sehr herzlich, insbesondere Sie, Herr Bundespräsident, der Sie uns in der Tradition Ihrer Vorgänger die Ehre geben, den Preis zu verleihen und zu uns zu sprechen. Dieser Preis, gestiftet vor fast 20 Jahren von der Deutschen Bank im Zusammenhang mit der Errichtung des Historischen Kollegs und seither alle drei Jahre verliehen, hat sehr rasch den – inoffiziellen – Namen „Deutscher Historikerpreis“ erhalten. Das hängt mit seiner speziellen Zielsetzung zusammen. Es war an die Auszeichnung eines Werkes gedacht, das wissenschaftliches Neuland erschließt, dabei über die Zunftgrenzen hinausragt und hinauswirkt, also zugleich eine breitere Öffentlichkeit erreicht und die Ergebnisse des Faches und der Fachwissenschaft in sie vermittelt. Es hängt aber auch ganz konkret mit der Auswahl der bisherigen Preisträger aus den unterschiedlichsten Bereichen der Geschichtswissenschaft, der Geschichte Ägyptens und ihrer Wirkungen, der alten, der mittelalterlichen, der Geschichte der Neuzeit zusammen, die mit ihrem Werk jeweils eine hervorragende Stellung in ihrem Fach einnahmen. Das gilt auch für den diesjährigen Preisträger, Herrn Wolfgang Reinhard, den ich zusammen mit seiner Frau ganz herzlich begrüße. Sie haben, Herr Reinhard, den Blick der Geschichtswissenschaft wie der Öffentlichkeit in einem mehrbändigen Werk unter dem Titel „Geschichte der europäischen Expansion“ zugleich, eine oft erhobene, aber selten eingelöste Forderung, sehr eindringlich auf die Geschichte der außereuropäischen Welt gelenkt. Und Sie haben, in einem zweiten grundlegenden Werk, eine vergleichende Verfassungsgeschichte Europas auf sozialwissenschaftlicher Grundlage

vorgelegt, die vor wenigen Jahren unter dem Titel „Geschichte der Staatsgewalt“ erschien und großes Aufsehen in Wissenschaft und Öffentlichkeit erregt hat; davon wird noch ausführlich die Rede sein. Mit beiden Werken, denen eine Fülle weiterer beiseite steht, entsprechen Sie nach Meinung der Preisjury auf der Grundlage von entsprechenden Anfragen bei über hundert Historikern den Intentionen des Preises in beispielhafter Weise. Von der „Geschichte als Delegitimation“ werden Sie nachher zu uns sprechen, und wir sind auf die inhaltliche Füllung dieses wohl sehr bewußt etwas provozierend gewählten Titels Ihres Vortrages schon sehr gespannt.

Ich sagte, der Preis wurde im Zusammenhang mit der Errichtung des Historischen Kollegs gestiftet, das bei der Auswahl seiner Stipendiaten ähnlichen Zielen, dem Abschluß eines großen, zugleich an eine breitere Öffentlichkeit gerichteten Werkes dienen sollte und soll. Auch das Kolleg war zunächst, für zwanzig Jahre, eine Stiftung der Deutschen Bank. Seit dem vergangenen Jahr ist es als Institution in die Obhut des Bayerischen Staates übergegangen unter finanzieller Mitträgerschaft von Stiftungen aus der Wirtschaft: derzeit, also für die ersten fünf Jahre, der Fritz Thyssen Stiftung, dem DaimlerChrysler-Fonds, dem Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft und einem ihm verbundenen Förderunternehmen. Viele haben an dieser Überleitung mitgewirkt: die Bayerische Staatsregierung, die zuständigen Gremien des Bayerischen Landtages, insbesondere seines Ausschusses für Hochschule, Forschung und Kultur, die Vertreter der Ministerien. Ihnen allen sei dafür namens des Kuratoriums des Historischen Kollegs auch an dieser Stelle noch einmal ganz herzlich gedankt. Stellvertretend für sie nenne und begrüße ich Herrn Staatsminister Zehetmair, der sich für diese Lösung gemeinsam mit dem Bayerischen Ministerpräsidenten nachdrücklich eingesetzt und an der Tätigkeit des Kollegs seit vielen Jahren ein lebhaftes persönliches Interesse genommen hat.

Stifter des Preises ist auch in diesem Jahr noch die Deutsche Bank, deren langjährigen Vorstands- und jetzigen Aufsichtsratsvorsitzenden Hilmar Kopper ich gleichfalls herzlich begrüße. Er ist zugleich Vorsitzender des Freundeskreises des Historischen Kollegs, der sich mittlerweile gebildet hat und der in seinen Kuratoren und Mitgliedern heute abend hier zahlreich vertreten ist; ich nenne stellvertretend nur Herrn Dr. Baumann, den Vorsitzenden des Aufsichtsrates der Siemens-AG. Dieser Freundeskreis dokumentiert nicht zuletzt die breite Verankerung des Kollegs und seines Preises in weiten Gruppen der Gesellschaft und damit zugleich die Wechselwirkung zwischen ihr und der Wissenschaft.

Diese, vielfältig präsent in ihren Amtsträgern, in Akademie- und Universitätspräsidenten und -rektoren, in den Dekanen nahestehender Fakultäten und Fachbereiche, speziell auch in Herrn Reinhard persönlich verbundenen Gelehrten und wissenschaftlichen Weggenossen, hat uns in Gestalt der Bayerischen Akademie der Wissenschaften immer wieder auch räumlich den Platz für unsere Veranstaltungen eingeräumt. Dafür danke ich ihr und ihrem gegenwärtigen Hausherrn, Herrn Präsidenten Nöth und seinem Vorgänger, Herrn Fuhrmann, die beide zugleich dem Kuratorium des Kollegs viele Jahre verbunden waren und sind – Herr Fuhrmann als sein langjähriger Vorsitzender und Herr Nöth als Mitglied des Kuratoriums während seiner Amtszeit. Beiden gilt neben meinem Dank mein herzlicher Gruß.

Meine Damen und Herren, ich sprach davon, daß der Bayerische Staat das Historische Kolleg in seine Obhut genommen habe, aber eben nicht als bayerische Institution, sondern gewissermaßen in seiner gesamtstaatlichen Verantwortung, die gerade auch der deutschen Geschichtswissenschaft bis heute in vielfältiger Weise zugute kommt – in Anknüpfung an eine lange einschlägige Tradition, die tief ins 19. Jahrhundert, in die Zeit der Wittelsbacher zurückreicht, auf die auch die Gründung der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften zurückgeht, ebenfalls eine gesamtdeutsche Institution in bayerischer Trägerschaft. Als heutigen Repräsentanten des Hauses Wittelsbach, auf das diese Tradition zurückgeht, begrüße ich S.K.H. Herzog Franz von Bayern.

Wie der Historikerpreis, der heute zum siebten Mal verliehen wird, ein deutscher Historikerpreis ist, so ist auch, wie gesagt, seine Trägerinstitution, das Historische Kolleg, ein deutsches Kolleg zur Förderung von Spitzenvertretern der deutschen wie der internationalen Geschichtswissenschaft. Darin besteht zugleich der Anspruch der Institution des Preises und daran bemißt sich sein Maßstab.

Mit der heutigen Preisverleihung wird traditionsgemäß das neue Kollegjahr offiziell eröffnet. Ich begrüße aus diesem Anlaß die neuen „Stipendiaten“, Frau Professor Marie-Luise Recker aus Frankfurt am Main und ihre Kollegen Herrn Professor Altrichter aus Erlangen und Herrn Professor Trabant aus Berlin sowie Herrn Privatdozenten Andreas Rödder als Förderstipendiaten. Ihre Arbeitsvorhaben finden Sie in Ihren Programmen gedruckt. Mit ihnen zusammen begrüße ich alle zahlreich erschienenen bisherigen „Stipendiaten“, unter ihnen besonders als ehemaligen Preisträger Herrn Professor Johannes Fried. Sie bilden, zusammen mit dem Freundeskreis, so etwas wie eine große Gemeinde um das Kol-

leg, den Beginn einer bereits längeren Traditionskette, von der ich hoffe, daß sie einst viele Generationen umspannen wird.

Grußwort des Bayerischen Staatsministers für Wissenschaft, Forschung und Kunst

Hans Zehetmair

Herr Bundespräsident,
Königliche Hoheit,
Herr Professor Gall, Hohe Festversammlung,
meine Damen und Herren,
ich freue mich, Sie hier in der Bayerischen Akademie der Wissenschaften im Namen der Bayerischen Staatsregierung und des Bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Edmund Stoiber zu begrüßen. Der Herr Ministerpräsident hat mich gebeten, Ihnen seine herzlichen Grüße zu entbieten. Gern hätte er Sie selbst hier an dieser Stelle begrüßt, jedoch ist er anderweitig terminlich seit längerem fest gebunden.

Als für die Wissenschaft zuständigem Fachminister ist es mir ein großes Vergnügen, diesen Abend in illustrier Runde zu verbringen. Bereits die Liste der Redner des heutigen Abends ist beeindruckend und zeigt, welche Bedeutung und welchen Ruf der Preis des Historischen Kollegs in der Fachwelt, aber auch in der Öffentlichkeit genießt. Der Umstand, daß dieser Preis nicht jährlich, sondern nur in einem dreijährigen Abstand vergeben wird, unterstreicht, daß es hier nicht um die Honorierung einer Einzelleistung oder eines kurzfristigen Erfolges geht, sondern vielmehr um die Würdigung der Gesamtleistung eines herausragenden Historikers.

Mit der Entscheidung, Herrn Professor Dr. Wolfgang Reinhard mit diesem Preis auszuzeichnen, hat die Auswahlkommission des Historischen Kollegs einmal mehr Kompetenz und Weitsicht bewiesen. Gerne würde ich an dieser Stelle näher auf das wissenschaftliche Werk von Professor Reinhard eingehen, auf seine Verdienste um die Geschichtswissenschaft und die Geschichtsschreibung, die zuletzt in seinem 1999 erschienenen Buch „Geschichte der Staatsgewalt“ gipfelte. Doch ich will dem Laudator, Herrn Professor Esch, nicht vorgreifen. Im übrigen ist dieser berufener als ich, das Werk des Preisträgers zu würdigen. Gestatten Sie mir deshalb einige allgemeinere Ausführungen.

Im letzten Jahr ist es mir, und darüber freue ich mich, gelungen, daß der Freistaat Bayern die Grundfinanzierung des Kollegs in die staatliche Wissenschaftsförderung aufgenommen und damit eine wissenschaftspolitische Entscheidung von hoher Bedeutung getroffen hat, die auch über die Landesgrenzen hinaus Anerkennung findet. An die Stelle der bisher ausschließlich privaten Förderung des Kollegs ist eine gemeinsame Finanzierung aus öffentlichen und privaten Mitteln getreten.

Der Freistaat Bayern übernimmt die Kosten für den Personal- und Sachaufwand und für den Sitz in der schönen Kaulbachvilla; sozusagen die „Grundausstattung“ des Kollegs. Private Zuwendungsgeber stellen die Mittel zur Dotierung der Stipendien zur Verfügung. Es ist dies, glaube ich, ein gelungenes Beispiel für das zukunftsweisende Modell der „Public Private Partnership“ im Bereich der Wissenschaftsförderung.

Es ist aber auch ein weiteres Beispiel für das anhaltend hohe Engagement des Freistaats Bayern für die Geisteswissenschaften im allgemeinen und die Geschichtswissenschaft im besonderen. Vor zwei Jahren konnte, wie Sie wissen, das Historikerzentrum der Ludwig-Maximilians-Universität eingeweiht werden. In diesem Historikerzentrum werden die Geisteswissenschaftlichen Institute der Universität vereinigt, die bisher über verschiedene Standorte im Stadtgebiet verteilt waren. Das Historikerzentrum der LMU, die Historische Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, die Monumenta Germaniae Historica, das Institut für Zeitgeschichte, die Bayerische Staatsbibliothek und das Bayerische Hauptstaatsarchiv und nicht zuletzt das Historische Kolleg als wahres „center of excellence“ bilden ein starkes Gravitationszentrum der geschichtswissenschaftlichen Forschung und Lehre im gesamten deutschsprachigen Raum.

Die Münchner Universitäten bieten mit dem jetzt begonnenen Wintersemester ein Studium der Wissenschafts- und Technikgeschichte an. Dabei wirken die Universität München und die Technische Universität München sowie das Deutsche Museum bei der Verwirklichung des neuen Studienangebotes eng zusammen. Das neue Studienangebot vereint die geistes- und naturwissenschaftlichen Komponenten der Wissenschaftsgeschichte.

Die Förderung der Geisteswissenschaften durch die Bayerische Staatsregierung beschränkt sich aber nicht auf den Raum München. Im Mai dieses Jahres habe ich den Neubau der Kulturwissenschaftlichen Fakultät der Universität Bayreuth eingeweiht. Die hierdurch erfolgte räumliche Zusammenführung der Fakultät mit dem Campus der Universität setzt einen Meilenstein für eine noch intensivere interdisziplinäre

näre Zusammenarbeit der Kulturwissenschaften mit den anderen Fakultäten.

Ebenfalls an der Universität Bayreuth wurde zum vergangenen Sommersemester der Bachelor-Studiengang „Geographische Entwicklungsforschung Afrikas“ gestartet. Dieser Studiengang zielt auf die Nahtstelle zwischen den Kultur- und Sozialwissenschaften und den Naturwissenschaften für Zwecke der Entwicklungshilfe und -zusammenarbeit ab.

An der Universität Erlangen-Nürnberg konnte ich im Sommer grünes Licht für den neuen Bakkalaureusstudiengang Anglistik/Amerikanistik geben, mit dem neben sprachpraktischer und fachwissenschaftlicher Kompetenz auch kulturelles Wissen vermittelt werden soll.

Darüber hinaus sind wir gerade dabei, die Slawistik an den bayerischen Landesuniversitäten neu zu konzipieren. Mit der Bildung von drei Zentren der Slawistik in München sowie in Ost- und Nordbayern soll deren Profil in Bayern geschärft und damit ihre nationale wie internationale Konkurrenzfähigkeit weiter ausgebaut werden.

Diese Beispiele zeigen – und das ist mir ein besonderes Anliegen –, daß die Bayerische Staatsregierung nicht nur naturwissenschaftlich-technische Fächer und Projekte fördert. Wir sorgen auch dafür, daß ein Gleichgewicht im akademischen Fächerkanon erhalten bleibt. Universitäten sind Stätten geistiger Kultur. Sie müssen Bildung auch für eine an geistigen und kulturellen Werten orientierte künftige Generation erschließen und vermitteln. An unseren Universitäten leben Geist und Tradition, und dieses wertvolle Erbe wollen wir bewahren.

Geisteswissenschaftliche Forschung und Lehre sind auch und gerade in einer modernen High-Tech-Gesellschaft unentbehrlich. Natürlich lassen sich Erfahrungen aus der Geschichte nicht ohne weiteres auf Gegenwart und Zukunft übertragen. Mit Hilfe von geschichtlichen Erkenntnissen können wir jedoch lernen, Probleme und Gefahren der modernen Welt zu erkennen und zu bewerten. Darüber hinaus zeigen sie uns bereits erprobte, aber auch gescheiterte Lösungsmodelle auf, philosophische, soziale und politische.

Unsere High-Tech-Gesellschaft braucht eine philosophische und methodische Reflexion des Sachwissens und des wirtschaftlichen Fortschritts. Gerade an den Universitäten ist der wissenschaftliche Sachverstand verfügbar, zu aktuellen Fragen und deren ethischer Bewertung Grundsätze und Leitlinien zu entwickeln. Die Technik und die Naturwissenschaften sorgen dafür, daß wir Ziele im High-Tech-Bereich erreichen. Aufgabe der Geisteswissenschaften ist es, für die notwendige Orientierung zu sorgen, die es uns erlaubt, diese Ziele verantwortungsvoll mitzu-

bestimmen. Die Geschichtswissenschaft mit ihrer auf der Erkenntnis des Vergangenen basierenden Erfahrung ist hier in besonderer Weise berufen und auch gefordert. Es gilt, den Kopf über den Wellen des Tagesgeschehens zu behalten und im Bedarfsfall auch gegen den Wind des flüchtigen Zeitgeistes zu steuern. Wer nur mit dem Zeitgeist verheiratet ist, hat ein kluger Wissenschaftler kürzlich gesagt, wird schnell Witwer sein. Der Historikerpreis sollte dem entgegenwirken.

Ansprache des Stifters

Hilmar Kopper

Vorsitzender des Aufsichtsrates der Deutschen Bank AG

Sehr verehrter Herr Bundespräsident,
sehr geehrter Herr Staatsminister,
meine Damen und Herren,

ich gestehe, daß ich nicht ohne Wehmut zu Ihnen spreche.

Die Deutsche Bank nimmt Abschied vom Historischen Kolleg, und so sage auch ich Adieu. Immerhin, wir haben das Kind einst in die Welt gesetzt und es zwanzig Jahre lang wenn nicht erzogen, so doch gehegt und gepflegt. Die Mühe hat sich gelohnt. Dieses Kind ist wohlgeraten und mündig. Unterstützung braucht es weiterhin, aber die kann nun selbst beschafft werden, bei Gönnern aus Staat und Wirtschaft. Den Preis, um dessentwillen wir heute zusammenkommen, wird das Kolleg künftig in eigener Regie verleihen und dotieren.

Flugs haben sich Freunde gefunden und einen Verein gebildet, um zu helfen und jenseits des Etats auch Unmögliches möglich zu machen. Warum nicht zugeben, daß man sich freut über soviel Selbständigkeit und soviel erwachsenen Lebensmut. Die Wehmut weicht dem Stolz. Es ist der Stolz auf das Erreichte und auf das Versprechen, weiterzumachen. Auch vorwärts zu gehen. Nicht auf den ausgetretenen Pfaden, sondern möglichst auch auf neuem, noch nicht oder nicht mehr beackertem Land.

Ich habe die Deutsche Bank, die auch den Preis gestiftet und bisher dotiert hat, vier Mal vertreten und große Gelehrte ehren dürfen.

Warum sollte ich verschweigen, daß ich immer gern und manches Mal auch mit Herzblut dabei gewesen bin. Und mich freue, jetzt, zu guter Letzt, dem Preisträger Professor Wolfgang Reinhard die Glückwünsche der Stifterin überbringen zu können.

Die Wahl wird aus berufenem Mund gewürdigt werden. Aber vielleicht darf ich doch zum Ausdruck bringen, was dem Laien einleuchtet: Sie verlieren sich nicht in Details und zählen keine Erbsen. Es gelingt

Ihnen, sehr verehrter Herr Professor Reinhard, den Bogen zu schlagen zwischen Fernem und Nahem und die Linie, so gebrochen sie sein mag, bis in die Gegenwart hineinzuziehen. Das gilt für Ihr großes Werk, das, kaum erschienen, schon Standard ist: die „Geschichte der Staatsgewalt“. Und es gilt auch für Ihr jüngstes Opus, den neunten Band des neuen, von Ihnen mit herausgegebenen „Gebhardt“. Dieser Band, den in die Hand zu nehmen ich mir erlaube, handelt von Reichsreform und Reformation und doch nicht nur von Vergangenenem.

Sie verlangen eine „zur Mikrohistorie geöffnete, makrohistorische Zusammenfassung“ der deutschen Geschichte. Und bringen es fertig, diesen gewaltigen Anspruch auf Ihrem ureigensten Gebiet, der Frühen Neuzeit, tatsächlich einzulösen. Und uns beizubringen, daß Ursache und Wirkung und Kontinuität immer und für jede Zeit verfehlt, wer nur die Oberfläche von Akteuren und Aktionen betrachtet. Luther, so lernen wir bei der Lektüre, hat beschleunigt und verzögert, was ohnehin eingetreten wäre. Und das Alte Reich, so lernen wir bei der Gelegenheit dann auch, ist keine Vorgeschichte eines späteren Reiches.

Am Abend des hundertsten Geburtstages von Hans-Georg Gadamer hatte ich das Vergnügen, mit einigen Lehrenden des Philosophischen Seminars der Universität Heidelberg die Idee einer Gastprofessur zu erwägen und auf den Weg bringen zu helfen. Karl Heinz Bohrer, der erste Inhaber, hat in diesem Sommer die Denktradition des großen Gadamer weitergesponnen und verbreitert. Er sprach über Nah- und Fernerinnerung, den radikalen Bedeutungsschwund der Vergangenheit, die moralische Dienstbarmachung der jüngsten Geschichte und die „Erinnerungschmelze“ im Zeichen einer beispiellosen Erinnerungskultur. Wo und wie, von wem und seit wann sie genährt wird, wissen wir. Warum sie diese enorme Durchschlagskraft gewonnen hat, wissen wir – noch – nicht. Es müssen tiefere Kräfte am Werk sein, als Reden und Rituale vermuten lassen. Welche Wirkung die Kommunikationstechniken auf Geist und Geisteswissenschaft haben, ahnen wir noch kaum. Jedenfalls hat die Wehmut, die mich hier beschleicht, nicht nur den persönlichen Grund.

Genug der Abschweifung.

Zurück zu Reichsreform und Reformation und Wolfgang Reinhard.

Zurück zu allem, was der Geschichte und dem geschichtlichen Bewußtsein förderlich bleibt. Lassen Sie es mich in einem Satz zusammenfassen: Das Historische Kolleg und der Preis, den es vergibt, mögen gedeihen.

Laudatio auf den Preisträger

Professor Dr. Arnold Esch

Herr Bundespräsident,
Herr Staatsminister,
meine Damen und Herren.

Der Preis des Historischen Kollegs geht in diesem Jahr an Wolfgang Reinhard und gilt dem Gesamtwerk eines Historikers, der, große Fragestellungen in klare Sprache fassend, zentrale Themen der europäischen und außereuropäischen Geschichte vom Spätmittelalter bis zur Gegenwart behandelt und damit auch außerhalb Deutschlands breite Anerkennung gefunden hat.

1937 in Pforzheim geboren, studierte Reinhard Geschichte, Anglistik und Geographie in Heidelberg und Freiburg, wo er 1963 promovierte und sich, nach kurzem Schuldienst, 1973 habilitierte. Seit 1977 lehrte er in Augsburg, seit 1990 in Freiburg, erfolgreich in Forschung und Lehre (viele gute Bücher, viele gute Schüler), engagiert in universitären und wissenschaftlichen Gremien, darunter dem Beirat des Römischen Instituts. Seine weit gespannten, anregenden Forschungen wurden bald auch im Ausland bekannt und führten zu Einladungen, Aufgaben, Ehrungen, wie jüngst die Aufnahme in die British Academy.

Reinhard's wissenschaftliches Gesamtwerk in 20 Minuten vorzustellen ist nicht leicht: nicht nur, weil das Spektrum so breit ist, sondern weil die einzelnen Bereiche – päpstliche Kurie, europäische Expansion, Anfänge des modernen Staates – schon für sich so ausgedehnt sind. Vieles läßt sich von den Anfängen, von Rom her begreifen. Das Angebot der Görres-Gesellschaft, im Rahmen der Nuntiaturberichts-Edition die diplomatische Korrespondenz des päpstlichen Nuntius Antonio Albergati (1610–1621) zu übernehmen, führte ihn, der durch seine Dissertation über die katholische Reform in der südfranzösischen Diözese Carpentras bereits eine Vorstellung vom Spannungsverhältnis zwischen Zentrum und Peripherie hatte, 1966 nach Rom. Er nutzte den verlängerten Aufenthalt, um darüber hinaus Materialien für ein Vorhaben zu sammeln,

das sein Habilitationsthema werden und ein Lebensthema bleiben wird: der Bedeutung nachzugehen, die Familie und Klientel, „Freunde und Kreaturen“ (so der Titel einer Monographie) in ihrem Geflecht, ihrem „Netzwerk“, für das Funktionieren von Politik haben.

Es ist die Einsicht, daß es, in bestimmten Situationen, in der Politik primär um Personen und nicht um Sachen geht; die Einsicht, daß ein Herrschaftssystem nicht nur aus seinen Institutionen zu begreifen ist, aus seiner Verfassung sozusagen, sondern daß jede Herrschaft ein personelles Netzwerk ausbildet, ohne das man Herrschaft nicht in ihrem Funktionieren, Politik nicht in ihrem täglichen Vollzug versteht, und das man darum in seiner unterschiedlichen Dichte und unterschiedlichen Struktur untersuchen muß: Machteliten im Rom des 17. Jahrhunderts wie im Augsburg des 16. Jahrhunderts. Die Einsicht also auch, daß Politik nicht nur auf der Ebene der herrschenden Häupter, sondern auch in einer Zwischenschicht beschrieben werden müsse, wo vieles durchgesetzt – und vieles verhindert wird.

Diese Einsichten zu haben ist nicht so schwer wie: sie in Forschungsergebnisse umzusetzen. Für die römische Kurie heißt das nicht nur, aus den Archiven zu erarbeiten, wie sich im Kräftefeld der Macht die Netzwerke bilden, sondern auch, wie sie sich transformieren, um auf längere Dauer tragen zu können. Denn das Papsttum ist *Wahlmonarchie*, da ist der Machtwechsel anders als in der Erbmonarchie.

Das ist die Ebene der (wie Reinhard sagt:) „Mikro-Politik“, „Historische Anthropologie römischer Mikropolitik“ – also Mikro, aber eben doch Politik –, und muß in mühsamer Einzelforschung rekonstruiert werden, womöglich bis hinab auf die Dienste und Erwartungen kleiner Amtsträger. Dazu bietet sich der (in der Mediävistik bereits bewährte) prosopographische Ansatz, d. h. neben der individuellen Biographie Einzelner die kollektive Biographie handelnder Gruppen zu erarbeiten (welche Voraussetzungen der Herkunft, der Ausbildung, der Klientel, der Karriere, und in welcher Dosierung, verschaffen Eintritt in die Gruppe?). Und auch unscheinbare Quellen, etwa private Aufzeichnungen von Sekretären, müssen herangezogen werden – nicht wegen ihrer Nachrichten, sondern wegen ihrer Perspektive!

Bei solcher Fragestellung mußte eine Eigentümlichkeit päpstlicher Herrschaft früh Reinhardts besondere Aufmerksamkeit wecken: der Nepotismus als integrierender Bestandteil des Herrschaftssystems. Nepotismus ist leicht zu verwerfen, auch leicht zu karikieren. Aber man könnte sich ja auch fragen, worum es beim Nepotismus Pauls V. in Wirklichkeit ging. Das ist im 17. Jahrhundert nicht so leicht zu sagen wie im

späten Mittelalter, in der Zeit des Großen Schismas etwa, wo die Nepoten die einzig verlässliche Stütze bei der Herrschaftssicherung waren. Eine solch einfache, praktische, einleuchtende Rechtfertigung läßt sich im 17. Jahrhundert nicht vorweisen. Um so mehr muß auffallen, daß auch kritische Zeitgenossen daran weniger Anstoß nahmen, als wir erwarten würden.

Nun sollte man den Nepotismus zunächst einmal in die Quellen hinein verfolgen, vor allem in die päpstlichen Finanzregister, und dort Umfang und Verwendungszweck der Ausgaben für die Verwandten feststellen. Reinhard hat das in mühsamer Arbeit getan (das meint der Titel „Papstfinanz und Nepotismus“) – mühsam auch, weil die Papstfinanz im 17. Jahrhundert nicht mehr den innovatorischen Vorsprung des 14. Jahrhunderts hat und in ihrer Buchführung erst einmal nachvollzogen werden muß. Sodann muß man tief in das Wertesystem der Zeit eindringen, das so ganz anders ist als das unsere. Wir können nicht damalige Päpste oder Kardinäle schulterklopfend an die Prinzipien von Leistung und Chancengleichheit erinnern, sondern müssen zur Kenntnis nehmen, daß Macht durchaus zur Förderung der eigenen Familie berechtigte, ja verpflichtete. Auch das ist *pietas*, und *pietas* ist ein Gebot. Man muß sich das ja nicht zu eigen machen, aber man muß es wissen.

Hier sehen Sie die Arbeit des Historikers in ihrem ganzen Aufriß: vom Entziffern einzelner Zahlungseinträge über die Interpretation aus dem Kontext der Papstfinanz bis hin zum Einfügen dieses Halbfabrikats in ein soziales System: die römische Kurie als soziales System. Daß Reinhard auf der Basis derart solider empirischer Forschung aktuelle Theorie-Debatten (hier oder dann zum Thema Konfessionalisierung) nicht scheut, ja sich kräftig daran beteiligt, versteht sich: Es ist die Sicherheit dessen, der die historische Wirklichkeit kennt und darum zu bestimmen weiß, bis zu welchem (erlaubten oder unerlaubten) Grade die Abstrahierung von der Wirklichkeit geht. Das gibt der Theorie die erforderliche Bodenhaftung.

„Papstfinanz und Nepotismus“: Das führt auf das natürlichste in weitere Fragen, etwa zum Mäzenatentum, in dem sich diese Kardinäle und Nepoten (etwa Scipione Borghese) damals in besonderer Weise hervortaten, Künstler berufend, Wissenschaft fördernd. Man könnte, was die finanzielle Seite dieser generösen Haltung angeht, natürlich sagen: kein Kunststück, da sie in der Regel nicht wußten, wie das Geld hereinkam – anders als mäzenatische Kaufleute damals (und heute), die sehr wohl wissen, wie Geld zustande kommt, und in ihrem Innern erst einmal die natürliche kaufmännische Veranlagung, Gewinne zu reinvestieren, be-

schwichtigen müssen, bevor sie eine Barock-Fassade oder Barock-Skulptur finanzieren (oder eben das Historische Kolleg und diesen Historikerpreis) – eben weil sie die ökonomische *Alternative* kennen.

Die Ebene mikropolitischer Verflechtung läßt sich aber auch außerhalb der Kurie betreten, und darauf hat Reinhard viele seiner Schülerinnen und Schüler angesetzt: die informellen Beziehungen zwischen Rom und Städten des Kirchenstaats und zu auswärtigen Mächten zu untersuchen. Der Kardinallegat beherrscht Bologna nicht einfach nach dem Buchstaben von *Constitutiones*, sondern durch das Knüpfen klientelärer Verbindungen, etwa durch Patenschaften mit den führenden Familien. Um solches Geflecht freizulegen, muß man neben den vatikanischen auch die lokalen Archivalien heranziehen, in Perugia, in Bologna, in Genua, in Florenz, und nicht nur die offizielle Korrespondenz verwenden, sondern auch die private (ja in Italien kann, anders als wir das von nördlich der Alpen gewohnt sind, sogar amtliche Korrespondenz – auch damals schon – in *Familienarchiven* enden und muß dort erst aufgespürt werden). Wer in diese Netzwerke eindringt, der allerdings weiß, was im jeweiligen System die spezifischen Mittel von Herrschaft sind, und kann dann, erst dann, zu vergleichender Darstellung fortschreiten.

Die Arbeit an den vatikanischen Quellen führte ihn in viele Richtungen, in viele Probleme dieses Zeitalters. Reinhard untersuchte vor allem den Vorgang der „Konfessionalisierung“ (das ist nicht einfach ein anderer, neutralerer Epochenbegriff für „Gegenreformation“, sondern auch eine andere Perspektive) gemeinsam mit Heinz Schilling auf Tagungen, die von ursprünglich konfessionell orientierten historischen Gesellschaften nun *gemeinsam* veranstaltet wurden. Da verlaufen die Frontlinien nun nicht mehr zwischen den Konfessionen, sondern beispielsweise zwischen Kirchenhistorikern und Sozialhistorikern – was durchaus vorzuziehen ist, solange darauf geachtet wird, daß das *religiöse* Anliegen, die Dimension des Spirituellen, dabei nicht allzusehr in den Hintergrund gerät. Mit dem ihm eigenen integrierenden Blick die Forschungskonzepte „Konfessionalisierung“, „Sozialdisziplinierung“ und „Modernisierung“ in eins sehend, beteiligte er sich führend an der Debatte über die disziplinierenden Folgen der Konfessionalisierung, die, auf beiden Seiten, weite Lebensbereiche ergriffen und zu Repressionen führen konnten, deren häßliches Gesicht auch verständnisvolle Forschung nicht schönreden wird. Über die Religion schafft man es sogar, die Zustimmung der Disziplinierten zu ihrer Disziplinierung zu erlangen. Was daran „Modernisierung“ sei, mag der sich fragen, der im Moderneren grundsätzlich das Bessere sieht – aber „auch ausgesprochen ‚reaktionär‘ gemeinte kirchli-

che Maßnahmen können Modernisierung hervorrufen“, können „unvermeidliche Innovationen“ herbeiführen, können „nicht intendierte Wirkungen“ haben (etwa die, auf Kosten der Kirche zum Wachstum der Staatsgewalt beizutragen).

Solche Gedankengänge schrauben sich, wie Sie sehen, von der Ebene des konkreten Einzelfalls hinauf auf hohe Ebenen historischer Reflexion. Aber sie schärfen auch den Blick für den Einzelfall, wie er dem Historiker in den Archivalien entgegentritt, und immer neu entgegentreten wird etwa in den Materialien des jüngst geöffneten Archivs der Römischen Inquisition. Mit diesem Inquisitionsarchiv hat sich für Frühneuzeithistoriker eine fette unabgegraste Weide aufgetan, auf die Reinhard natürlich sogleich seine Schülerinnen und Schüler getrieben hat – Schüler, die in Rom immer sehr präsent waren und deren Fragestellungen man die Reinhardische Schulung durchaus anhörte.

Das päpstliche Rom als erste Beobachtungswarte in jungen Forscherjahren ist ja auch nicht das Schlechteste, um einen Sinn zu entwickeln für die Innenansicht von Macht und zugleich einen Sinn für universalhistorische Perspektive.

Und wahrhaft universalhistorische Perspektive, in die ihn früh auch sein Lehrer Erich Hassinger eingeführt hatte, zeigt sich in Reinhard's weiterem Forschungsthema, seiner vierbändigen „Geschichte der europäischen Expansion“ [1983–1990], Zusammenschau großer Räume und langer Zeiten: von den frühen Fahrten der Portugiesen, dem Abenteuer erster Begegnung, dem Übergang vom Handel zur Herrschaft, durch alle Stadien und Grade der Kolonisierung bis hin zur Dekolonisation im 20. Jahrhundert. Und das in allen vier außereuropäischen Kontinenten. Ein Prozeß von unerhörter Dynamik, der nicht als Heldenlied und nicht mit entschuldigendem Unterton beschrieben wird, sondern in nüchterner Analyse der Faktoren und Wirkungen: der wirtschaftlichen, der demographischen, natürlich auch der politischen. Denn man muß dafür auch die jeweiligen politischen Machtkonstellationen in Europa kennen, im Zeitalter der Entdeckungen wie im Zeitalter des Imperialismus.

Solche Analyse führt auf viele Fragen, etwa: Wie kalkuliert der Kapitalismus der Krone, und wie kalkuliert der Kapitalismus von Kaufleuten? Wie wandern Waren- und Geldströme (aber auch: wie wandern Krankheitserreger)? Wo hatte die Mission der Jesuiten Erfolg und wo nicht, und was waren die Gründe? Wie vollzieht sich Akkulturation, die Anpassung einander völlig fremder Kulturen, und was hat sie vor Ort für Folgen? Wie tiefgreifend war die Umschichtung der Bevölkerungen, in Nordamerika, in Lateinamerika, in den asiatischen Einflußzonen? Um-

fassende Kenntnis der internationalen Literatur erlaubt dabei auch die Darstellung örtlicher, auch vorkolonialer Verhältnisse in den entferntesten Zonen: eine Leistung, die die europazentrische Sicht (derer man sich bei dieser Themenstellung ja auch nicht zu schämen hätte) bis zu einem gewissen Grad ausbalanciert.

In diesem großen Werk zeigt Reinhard bereits seine bemerkenswerte Fähigkeit, gewaltige Materialmassen zu verarbeiten, Zahlen sprechen zu lassen (ohne daß sie Gedanken übertönten, wie das den sogenannten Kliometrikern manchmal unterläuft) und Einzelinformationen in große Darstellung zu integrieren. Und das, ohne der Versuchung zu erliegen, Zweifel, Lücken, Kontroversen zaghaft in vagen Aussagen zu überspielen. Zaghafte Aussagen gibt es bei Reinhard ohnehin nicht.

Nachdem viele Jahre die Geschichte der europäischen Expansion im Mittelpunkt seines Interesses gestanden hatte, kehrte Reinhard, frühere – nämlich römische – Einsichten wieder aufgreifend, zum Thema der politischen Institutionen und ihres Funktionierens zurück. Ein Stipendium des Historischen Kollegs ermöglichte den Abschluß des großen Werkes „Geschichte der Staatsgewalt“, dessen Leistung für das Urteil der Jury ausschlaggebend wurde.

Zunächst einmal zeigt dieses Werk, daß ein *opus magnum*, wie es das Historische Kolleg erwartet, nicht 1000 Seiten haben muß, um „magnum“ zu sein: es darf viel weniger sein, wenn nur die spezifische Dichte, der spezifische Ertrag da ist. Um dahin zu gelangen, braucht es mehrere Fähigkeiten, mehrere Tugenden. Erst einmal, natürlich, eine umfassende Sachkenntnis (davon reden wir nicht, denn Sachkenntnis beeindruckt, ist aber als solche nicht schon preiswürdig). Braucht es, zweitens, eine klare Vision: denn der Anspruch, komparatistisch zu arbeiten, darf (ebenso wie interdisziplinäre Arbeit, man kann es nicht oft genug sagen) nicht zwischen Spezialisten, sondern muß in *einem* Kopf stattfinden, im eigenen nämlich.

Und es erfordert – um in meinem etwas plakativen Tugendkatalog fortzuschreiten – eine gehörige Portion Courage: „Eine (so der Untertitel) vergleichende Verfassungsgeschichte Europas von den Anfängen bis zur Gegenwart“ – das ist sozusagen ALLES, vom Himmel durch die Welt zur Hölle; das verlangt in der Durchführung kühne Längsschnitte und tiefe Querschnitte und in der Darbietung die Verknüpfung beider. Ob das gelingt, ob der Mann (am Beispiel der großen Burgunderherzöge) „le Hardi“ oder „le Téméraire“ genannt zu werden verdient, sagt erst das Echo. Und das Votum der Fachwelt ist, in beneidenswerten Rezensionen,

eindeutig: Reinhard ist ein großer Wurf gelungen, eine Synthese, wie es sie in dieser Weise bisher nicht gab.

Man könnte zum Zweck einer vergleichenden Verfassungsgeschichte einerseits Gemeinsamkeiten, andererseits Unterschiede herausarbeiten und nebeneinanderstellen, und wird schon dafür Beifall erwarten dürfen. Aber hier wird mehr getan. Hier wird, die übliche (vom Begriff scheinbar geforderte) *nationalstaatliche* Betrachtungsweise verlassend, ein breiter Strom von Entwicklung unter *eine* Perspektive gebracht, als *ein* Prozeß begriffen: die Entwicklung und Ausbildung des modernen Staates (oder, genauer, der Staatsgewalt, mit der ganzen Ambivalenz, die „Gewalt“ im Deutschen hat: legitime Gewalt, aber auch Gewaltsamkeit, Disziplinierung, Repression). Eine gemeineuropäische Dynamik, in der die Nationalstaaten nur noch als Varianten einer Standardentwicklung erscheinen, eines Grundmusters, das in übergreifenden Kategorien wie „Partnerschaft und Widerstand“, „Modernität und Totalität“, „Sozialer Staat und Totaler Staat“ erfaßt wird.

Und „Staat“ nicht als Naturnotwendigkeit, nicht als Verkörperung der sittlichen Idee oder als Ziel der Weltgeschichte, auch nicht als kunstvoller Aufriß seiner Verfassung, sondern von einem Historiker ganz in die Geschichte geholt, an seinen historischen Platz gestellt – der Staat als „Erfindung Europas“ – und distanziert dabei beobachtet, wie er, gefräßig, sich immer weitere Lebensbereiche aneignet und mit seiner Zwangsgewalt immer weitere Ressourcen aktiviert: soziale, finanzielle, endlich auch emotionale. Der Staat (und das ist hier vor allem der *monarchische* Staat) vermag den Adel auszuschalten und an den Hof zu zwingen, die freien Kommunen zu überwältigen, die Kirche in die Schranken zu weisen. „Säkularisierter Staat“ sagt sich leicht: aber was hat die Abschichtung von geistlicher und weltlicher Gewalt an Energien gekostet; und was hat die Vorbildfunktion der Kirche (schließlich war sie es, die früh zu schreiben und hierarchisch zu organisieren verstand!) anfangs für Wirkung gehabt. Bis die Reformation, entgegen ursprünglicher Absicht, die Kirchen dem Zugriff der Staatsgewalt auslieferte, die protestantische direkt, die katholische indirekt.

Es sind weite Wege, die da verfolgt werden müssen: Wo zeigen sich zuerst die charakteristischen Merkmale frühmoderner Staatlichkeit, und was sind die eigentlichen Modernisierungsschübe? Welche Wirkung hat, durch die Verbindung zur „Nation“, die weitere Potenzierung des Staats im 19. Jahrhundert? Was führt in die Extremform des Staats, den totalitären Staat, der mit Brutalität selbst darüber bestimmt, was legal ist? Und endlich: Ist dieser Staat, der in unserer Zeit zunehmend Kompetenzen an

supranationale Organisationen abgibt, nun an sein Ende gekommen? Eine Frage, die, wie schon die – beinahe schockierende – Frage nach dem gemeinsamen Nenner von Sozialstaat und Totalstaat (der soziale Interventionsstaat als „bloße weiche Variante des totalen Staates“: da kommt es doch darauf an, *was* man in den Blick nimmt!), viele Rezensenten besonders angezogen hat. Uns muß hier die Feststellung genügen, daß es den Frühneuzeithistoriker Reinhard auch sonst kennzeichnet, die Linien seiner historischen Betrachtung bis in die Gegenwart auszuziehen und dabei in lakonischen Sätzen kritische Einsichten pointiert – gelegentlich auch überpointiert – auszusprechen.

Weite Wege also in den Längsschnitten „von den Anfängen bis zur Gegenwart“. Aber auch viele Fragen in den tiefen Querschnitten: Wie gelingt es, Freiheiten zu beseitigen und Gehorsam zu erzwingen? Wie gelingt es, Gerichtsbarkeiten (auch hier: Plural, ein Monopol *wird* erst daraus!) – wie gelingt es also, Gerichtsbarkeiten in ein staatliches Gerichtssystem zu bringen? Warum will man, und wie gelingt es, in immer mehr Bereichen – etwa in der Wirtschaft – mit immer mehr Normen regulierend eingreifen? Wie kommt man, bei der Abschöpfung finanzieller Ressourcen, von der ursprünglich fallweisen Umlage der Kriegskosten endlich zu permanenter Besteuerung. Und wie verlief das in England, wie in Frankreich, wie in Dänemark, wie in Portugal, in Preußen – und in noch fernerer Gegenden, die einem zum Begriff „Staat“ nicht gerade als erste einfallen, aber hier gleichfalls einbezogen sind?

Und so wird aus einem Thema, das auf den ersten Blick ganz verfassungsgeschichtlich wirkt (und sich im Untertitel ja auch so gibt), etwas Größeres. Nicht einzelne Institutionen, sondern Antriebskräfte und Anregnungen stehen im Mittelpunkt, und das führt auf das natürlichste dazu, daß nach und nach die ganze Fülle der Erscheinungen angesogen und das Thema in immer weitere Bereiche und Fragestellungen geöffnet wird: sozialgeschichtliche, wirtschaftsgeschichtliche, kirchengeschichtliche, geistesgeschichtliche. Gewiß kam Reinhard fundierte Kenntnis der außereuropäischen Welt auch diesem Thema zugute. Reinhard, der die kulturanthropologisch-völkerkundliche Perspektive, die Einsicht in die kulturelle Bedingtheit menschlichen Verhaltens, als „Integrationspunkt“ seines wissenschaftlichen Denkens bezeichnet, vermag den europäischen Staat sozusagen von *außen* zu sehen, vermag den „Export“ dieses Modells in andere Erdteile zu beobachten und zu bewerten, und durch die Frage nach den Gründen für Erfolg oder (mehr noch:) Mißerfolg solchen Exports die spezifisch *europäischen* Züge dieses Staates noch deutlicher zu erfassen.

Ist die umfassende Sachkenntnis schon eine ungewöhnliche Leistung, so ist es noch mehr die Fähigkeit, komplexe Zusammenhänge in klarer einfacher Sprache durchsichtig zu machen und mit der erforderlichen Schärfe des Begriffs konzis in eine Gestalt zu bringen, die gleichwohl Darstellung ist und nicht Lexikonartikel. Und das ist preiswürdig.

Ein großes Thema also, geradezu geschaffen, vor lauter Bäumen den Wald nicht zu sehen. Der Historiker ist ohnehin, in besonderem Maße, in Gefahr, vor lauter Bäumen den Wald nicht zu sehen, oder aber umgekehrt sich nicht um die Bäume zu kümmern. Da den rechten Weg zu finden heißt nicht, einen „Mittel“weg zu finden (vom Wald ein bißchen, von den Bäumen ein bißchen), sondern, wie Richard Krautheimer einmal gesagt hat, den Wald zu sehen, *weil* er aus Bäumen besteht!

Denn Reinhard's Fähigkeit, in der Weite des Überblicks doch auch den Einzelfall bis hinab auf niedere Entscheidungsebenen sichtbar zu machen, gibt der großen Perspektive die menschliche Dimension, ohne die Geschichtswissenschaft uns nichts zu sagen hat.

Verleihung des Preises
durch den Herrn Bundespräsidenten

Dr. h.c. Johannes Rau

I.

Dem, was wir gehört haben zum Mitdenken, zum Teil auch zum Nachlesen, will ich nur noch wenige Bemerkungen anfügen.

Politisches Geschäft ist ja Tagesgeschäft. Wenn es gut ist, wenn es richtig betrieben wird, dann hat es die Zukunft im Blick. Und oft bleibt dann, so scheint es, für die Vergangenheit kein Raum. Das war vermutlich schon immer so, und schon immer waren es die Historiker, die sich in die dunklen Kellergewölbe der kollektiven Erinnerung und der Archive vorgewagt haben.

Manche haben – so hat Lichtenberg einmal gesagt – „einen kleinen Finsternishandel“ eröffnet und aus der Geschichte eher das Dunkel als das Licht auf die Gegenwart leuchten lassen. Andere haben gewiß dazu beigetragen, daß die Bedingungen für unser gegenwärtiges Handeln historisch erhellt worden sind, und ich denke, uns ist in der Laudatio von Herrn Professor Esch schon deutlich geworden, daß ich von Wolfgang Reinhard spreche, wenn ich von denen rede, die diese Hilfe leisten, gegenwärtiges Handeln historisch zu erhellen.

II.

Ich kann und ich will sein wissenschaftliches Gesamtwerk nicht würdigen. Das können andere; und andere tun das mit der Brillanz, die wir soeben erlebt haben. Aber daß die „Geschichte der Staatsgewalt“ mittlerweile über die Grenzen des Fachs hinaus als „Meisterwerk“ gilt, das hat sich herumgesprochen. Dazu denn doch einige kurze Bemerkungen.

Die erste zur Bedeutung des Themas Staat: Der Staat hat ja lange zu den wichtigsten und beliebtesten Themen der Historiker gehört, gerade in Deutschland.

Droysen hat einmal gesagt: „Der Staat als öffentliche Macht ist die Assekuranz aller sittlichen Sphären innerhalb eines Staates, und sie alle opfern so viel von ihrer Autonomie und Selbstbestimmung, als erforderlich ist, damit die Macht da ist, sie zu sichern und zu vertreten.“

Der Staat als „Assekuranz aller sittlichen Sphären“ – das ist ein sehr hoher Anspruch, vielleicht ein zu hoher und vielleicht deshalb auch einer, der dem Mißbrauch Tür und Tor geöffnet hat. Hinter dieser Versicherungsagentur verbarg sich ja faktisch der Obrigkeitsstaat, und der hohe Ton ist auch noch angeschlagen worden, als aus dem Obrigkeitsstaat der Unrechtsstaat wurde, in der Zeit des Nationalsozialismus, als aus Schutz Terror wurde.

Und darum ist es vielleicht verständlich, daß nach dem Zweiten Weltkrieg die Beschäftigung mit dem Thema Staat in der Geschichtswissenschaft zuerst ein Stück zurücktrat. Viele hatten schlechte Erfahrungen mit dem Staat und mit der Politik gemacht. Andere fanden das Thema schlicht langweilig. Das Bild, das Wolfgang Koeppen für den Politikbetrieb dieser Jahre gefunden hat, das Treibhaus, gibt die besondere Situation von Staat und Politik in jener Zeit gewiß gut wieder. Das hat sich spätestens in den sechziger und siebziger Jahren verändert. Die sechziger Jahre waren sogar eine Zeit, in der man dem Staat und staatlicher Planung wieder viel, fast alles zutraute.

Und heute drohen dem Nationalstaat eher neue Gefahren. Manche halten ihn schlicht und einfach für obsolet. Die wachsende Bedeutung internationaler Institutionen, die wirtschaftliche Globalisierung, die wichtiger werdende Rolle von Verbänden und gesellschaftlichen Bewegungen, die Dauerkrise der öffentlichen Haushalte – all das trägt dazu bei, daß viele den Staat für überholt und für am Ende halten. Und wenn ich es richtig gelesen habe, dann gehören auch Sie, verehrter Herr Reinhard, zu denen, die viele Anzeichen dafür sehen, daß da kritisches Nachdenken nötig ist.

Ich will das positiv sehen. Viele denken heute kritisch über den Staat nach, über seine Rolle, über die Reichweite seines Einflusses, und ich finde es wichtig, daß es die Diskussion überhaupt gibt, daß sie an Breite und Tiefe zunimmt. Ich halte es auch für gut, daß diese Diskussion eine historische Dimension hat oder zumindest wieder bekommt. Daß man in Deutschland lange Zeit staatsfixiert war, das war sicher falsch, aber Staatsvergessenheit wäre genauso schlecht.

III.

Das bringt mich zu einer zweiten Bemerkung: Ich möchte mich nicht in die wissenschaftliche Diskussion einmischen, aber es gibt doch eine politische Diskussion, in der das Ende des Nationalstaats und der Primat der globalisierten Wirtschaft eine große Rolle spielen. Diese Stimmen, ganz gleichgültig, ob sie etwas feststellen, ob sie es bestreiten oder ob sie es kritisch untersuchen, treffen wichtige Aspekte der Wirklichkeit, aber nicht den Kern der Wirklichkeit, wie mir scheint.

Norbert Elias plädiert in den „Studien über die Deutschen“ dafür, „das Gefühl für das Erstaunliche, das Einzigartige des relativ hohen Grades an Gewaltlosigkeit innerhalb unserer Gesellschaftsverbände wieder zu erwecken“, und er weist dann auf die große zivilisatorische Rolle und Leistung des Staates hin.

Ich halte diese Mahnung für richtig. Sie erinnert uns daran, daß wir dazu neigen, etwas als selbstverständlich hinzunehmen, was nicht selbstverständlich ist, sondern das Ergebnis langer historischer Entwicklung. Natürlich kommt dann das Argument, daß wir gerade wieder erlebt haben, wie machtlos der Staat sein kann angesichts von Gewalt, und daß es auch so etwas wie Staatsterrorismus gibt, darauf haben Sie zu Recht hingewiesen.

Aber haben nicht gerade die jüngsten Ereignisse uns auch gezeigt, daß der Staat das wichtigste Instrument bleibt, das wir haben, damit das Recht die Oberhand behält und durchgesetzt wird? Ein unvollkommenes Instrument mit begrenzter Reichweite gewiß, das neuen Herausforderungen angepaßt werden muß. Man kann aber auch darüber streiten, wo der Staat heute zu viel tut und wo er sich zu wenig kümmert. Aber er bleibt das entscheidende Instrument zur Sicherung des Friedens und zur Wahrung des Rechts. Ich erkenne keine andere Institution, die diese Kernaufgabe übernehmen könnte. (Siehe Droysens Assekuranz)

Mittlerweile weiß jeder, daß wir keine zweite Schöpfung haben und daß wir deshalb die Umwelt schützen müssen. Das gilt auch, so glaube ich, in einem gewissen Maße für unsere Institutionen. Natürlich müssen sich Institutionen ständig wandeln, aber das schließt den Respekt nicht aus. Respekt vor gewachsenen Institutionen heißt nicht, daß man sie heilig spricht, das heißt aber, daß auch Institutionen ein Erbe sind, das wir hüten und mit dem wir pfleglich umgehen müssen.

IV.

Der Staat ist, wenn ich es richtig sehe, eine europäische Erfindung. Das führt uns Herr Reinhard sehr deutlich vor Augen. Diese europäische Erfindung wandelt sich. Institutionen wie die Europäische Union und die Vereinten Nationen sind hinzugetreten zu den Nationalstaaten, und sie verbinden sich mit ihnen in vielfältigen Formen.

In allen Teilen der Welt sind neue Staaten entstanden, deren innere Ordnung sich häufig genug von dem unterscheidet, was wir als mitteleuropäischen Staat kennen und schätzen. In manchen Teilen der Welt gibt es formale Staaten, und doch kann man fragen, ob die erkennbare äußere Ordnung nicht nur ein dünner formaler Firnis ist, unter dem andere Ordnungsprinzipien herrschen. Und hier, das soll meine letzte Bemerkung sein, ist nicht in erster Linie Respekt, sondern Mut zu zeigen.

Man kann die vielfältigen Tendenzen zum Gestaltwandel des Nationalstaates zum Anlaß nehmen, sein Ende auszurufen, oder man kann diese Entwicklung zum Anlaß nehmen, die Entwicklungen genau zu erfassen und daraufhin zu überprüfen, ob sie mithelfen, die zentralen Funktionen des Staates zu erfüllen. Max Weber nennt das das „Monopol legitimer physischer Gewaltausübung“. Das kann in vielen konkreten Formen existieren. Der Staat kann zur Räuberbande werden, von der schon Augustinus gesprochen hat. Er kann aber auch dem Frieden, dem Recht und der Gerechtigkeit verpflichtet sein, und dafür sollten wir weltweit eintreten.

Mir scheint nicht die reine Lehre, die zwischen „guten“ und „schlechten“ Staaten unterscheidet, das Richtige, sondern eine, die nach den Entwicklungstendenzen fragt, die konkrete Staaten in konkreten Situationen aufweisen. Friede, Recht und Gerechtigkeit sind und bleiben das Ziel, aber wir müssen an und mit dem weiterarbeiten, was vorhanden ist. Das scheint mir die entscheidende Maxime des Handelns für eine Zukunft, in der diese europäische Erfindung zunehmend auch in anderen kulturellen und historischen Situationen heimisch wird oder heimisch werden muß. Diesen Beitrag zur Diskussion wollte ich gern leisten und nun darf ich Ihnen, verehrter Herr Professor Reinhard, endlich den Preis geben, von dem Sie schon gelesen haben.

Vortrag des Preisträgers

Geschichte als Delegitimation

Professor Dr. Wolfgang Reinhard

Herr Bundespräsident,

Herr Staatsminister,

lieber Herr Esch,

liebe Freunde,

meine Damen und Herren,

wie alle Geschichte lebt auch diese Preisverleihung von der Spannung zwischen Struktur und Person. Die Entscheidung, wer den Preis erhalten soll, ist nämlich automatisch auch eine fachpolitische im Hinblick auf die Struktur der deutschen Geschichtswissenschaft. Erstmals wird heute nicht nur ein Spezialist für Europa zwischen 1500 und 1800 geehrt, sondern zugleich ein Historiker der europäischen Ausbreitung über die Erde, eine in Deutschland ziemlich vernachlässigte Fachrichtung. Zwei Ihrer Vorgänger, Herr Bundespräsident, haben bei Historikertagen darauf hingewiesen, wie wichtig außereuropäische Geschichte in der heutigen Welt wäre, aber die Fakultäten und Ministerien berufen ungerührt den nächsten Fachmann für Deutschlands Vergangenheit. Es fehlt daher nicht an Kollegen, die ihre Glückwünsche mit dem Ausdruck der Freude darüber verbunden haben, daß auch ihr Tätigkeitsfeld endlich einmal öffentliche Anerkennung findet.

Was hingegen die Person angeht, so verbindet sich die dankbare Freude über den Preis bei mir mit einer gewissen Verblüffung, daß einer Art von Schmalspuranarchist wie mir diese Ehre zuteil wird. Vielleicht waren die Worte des Herrn Bundespräsidenten und Arnold Eschs Laudatio insofern allzu freundlich. Denn diejenigen meiner Bücher, auf die es mir ankommt, sind nämlich nicht nur kritisch, sondern bisweilen geradezu destruktiv. Sollte des Rätsels Lösung darin bestehen, daß die Mitglieder der Jury sie nicht gelesen haben? Ich falle jedenfalls aus dem Rahmen des Faches, insofern Geschichtswissenschaft eigentlich unaus-

weichlich Legitimationswissenschaft ist. Das braucht nicht so offen und naiv ausfallen wie in einer Reimchronik des 15. Jahrhunderts:

*Der furst mich hett in knechtes miet,
ich ass sein Brot und sang sin liet;
ob ich zu einem andern kum,
ich ticht im auch, tut er mich drum¹.*

Oder so bitter wie bei Gerhard Ritter, der 1935 an Hermann Oncken schrieb: „Sie werden mit Dreck beworfen [...], während die große Masse des Kollegengesindels das Weihrauchfaß schwenkt.“²

Oder so giftig wie jüngst wieder bei einem Juristen: „Die Geschichte ist eine Hure. Sie bietet sich jedem an. Auch dem Politiker.“³

Der Jurist müßte es wissen, denn wahrscheinlich bleibt ihr so gut wie der Rechtswissenschaft nämlich gar nichts anderes übrig. Beide befassen sich mit dem, was faktisch geworden ist, und deswegen unreflektiert-naiv oder sogar ausdrücklich als zu Recht vorhanden und damit als gut gilt. Ein bekannter Münchener Historiker hat mehrfach ausdrücklich festgestellt, daß sich Geschichtswissenschaft durch gesellschaftlichen Bedarf legitimiert und als Bestandteil der sozialen Konstruktion von Wirklichkeit in erster Linie zur Orientierung und Stabilisierung gesellschaftlicher Ordnungen da ist⁴. Der berühmt-berüchtigte Grundsatz von der normativen Kraft des Faktischen entspricht weit eher der Praxis der Historiker als derjenigen der Juristen, die ihn formuliert haben⁵. Sogar die antiquarische Geschichte unzähliger Heimatmuseen, ungefähr 90% aller Gemeinden haben heute ein eigenes Museum⁶, hat legitimatorischen Charakter, insofern sie durch viele neckische Gegenstände Identifikation mit der Heimat stiften soll.

¹ Reimchronik des Michael Beheim für Friedrich den Siegreichen von der Pfalz, nach: Uwe Neddermeyer, Universalhistorische Werke als Ratgeber der Fürsten, in: Chantal Grell, Werner Paravicini, Jürgen Voss (Hrsg.), Les princes et l'histoire du XIVe au XVIIIe siècle (Bonn 1998) 82.

² Klaus Schwabe, Rolf Reichardt (Hrsg.), Gerhard Ritter. Ein politischer Historiker in seinen Briefen (Boppard 1984) 279.

³ Rainer Maria Kiesow in: ders., Dieter Simon (Hrsg.), Auf der Suche nach der verlorenen Wahrheit. Zum Grundlagenstreit in der Geschichtswissenschaft (Frankfurt a.M. 2000) 10. Diese Feststellung findet sich aber bereits bei Pierre Bayle, Dictionnaire historique et critique, Bd. 3 (Rotterdam 1715) 951.

⁴ Winfried Schulze, Einführung in die neuere Geschichte (Stuttgart 1996) 31 f., 247 f., 253 f.

⁵ Georg Jellinek, Allgemeine Staatslehre (Berlin 1914) 337 f.

⁶ Gottfried Korff, Musealisierung total?, in: Klaus Fußmann, Heinrich Theodor Grütter, Jörn Rüsen (Hrsg.), Historische Faszination. Geschichtskultur heute (Köln, Weimar, Wien 1994) 129–144, hier 132; Rosmarie Beier (Hrsg.), Geschichtskultur in der zweiten Moderne (Frankfurt a. M. 2000).

Nicht anders verhält es sich mit linken „Barfußhistorikern“ und Geschichtswerkstätten oder Gruppen feministischer Historikerinnen, nur, daß deren kritische Arbeit nicht legitimieren will, was gewesen ist, sondern was werden soll. Damit sind sie in der besten Gesellschaft, denn auch die großen Kritiker des penetrant positiv denkenden deutschen Historismus, Karl Marx, Jacob Burckhardt, Friedrich Nietzsche, legitimierten Geschichte und Historie, nur eben eine je andere Geschichte und Historie: Geschichte als Geschichte von Klassenkämpfen mit gutem Ende, ästhetischen Geschichtsgenuß als „Bewältigung von Ohnmachtserfahrung“⁷, Geschichte im Dienste des Lebens großer Individuen. An einer wichtigen Richtung der jüngeren deutschen Geschichtswissenschaft läßt sich ebenfalls trefflich demonstrieren, wie aggressive Kritik mit der Übernahme von Machtrollen und zunehmendem Alter in bewahrende Haltung umschlägt.

Schließlich hat ja nicht nur positiv Erinnerung legitimatorische Funktion. Wir alle wissen, daß die Erinnerung an Auschwitz keineswegs nur für Israel, sondern auch für Deutschland legitimatorische Funktion hat, für ein Deutschland, das endlich einmal besser sein will als früher.

Wir müssen uns also fragen, ob Geschichtswissenschaft nicht einfach ein weiterer Bestandteil des an und für sich nicht-wissenschaftlichen *kulturellen Gedächtnisses* im Sinne des letzten Preisträgers Jan Assmann ist⁸ und bereits dadurch legitimiert, daß sie als wissenschaftliche Form der uralten Praxis der Memoria durch Dialog, und sei es kritischen Dialog, mit bestimmten Toten deren Andenken am Leben erhält. Hans-Ulrich Wehler mochte Bismarck 1969 noch so heftig attackieren – sein Buch⁹ diente dennoch unvermeidlich der Verbreitung der Botschaft: Bismarck ist wichtig! Kritische Geschichtswissenschaft kann also auf Legitimation zweiten Grades hinauslaufen, vordergründige Kritik auf hintergründige Bestätigung.

Die wirkungsvollste Delegitimation besteht statt dessen im Verschweigen und anschließendem Vergessen. Historiker, auf die das beliebte Adjektiv viel beachtet nicht zutrifft, können dem aus eigener Erfahrung zustimmen. Das berühmteste Beispiel ist das Verschweigen der Frauen in der Geschichte; nur Männer konnten eine legitime Rolle in ihr beanspruchen.

⁷ Wolfgang Hardtwig, Wissenschaft als Macht oder Askese: Jacob Burckhardt, in: ders., Geschichtskultur und Wissenschaft (München 1990) 161–188, hier 163–166.

⁸ Wenn ich Jan Assmann, Das kulturelle Gedächtnis (München 1997) 44 f., 128 f. richtig verstanden habe.

⁹ Hans-Ulrich Wehler, Bismarck und der Imperialismus (Köln, Berlin 1969).

Kann man aber auch aktiv Delegitimation betreiben? Ist es bei der geschilderten Lage der Dinge überhaupt möglich, daß Geschichtswissenschaft Delegitimationswissenschaft wird, daß sie aus dem Zwang, identitätsstiftendes kulturelles Gedächtnis sein zu müssen, ausscheren kann? Kann es überhaupt sein, daß unser ewiger Zorn auf die Ergebnisse der Geschichte¹⁰ etwas anderes hervorbringt als widerwillige, aber unvermeidliche Bestätigung dieser Ergebnisse? Dann müßte die Geschichte selbst, nicht nur die Wissenschaft von ihr, sich delegitimieren können, sich selbst wirkungsvoll widersprechen, etwa durch ein Angebot von Alternativen zu dem, was schlußendlich historisch geworden ist.

Über dieses Problem möchte ich heute nachdenken, ausgehend von Beispielen aus meiner vielfältigen Arbeit, um Ihnen und mir selbst Rechenschaft über mein Tun als Historiker abzulegen.

Ich sehe eine doppelte Chance in theoretisch längst bekannten Sachverhalten. Erstens kann Geschichte die Geschichtswissenschaft delegitimieren, solange diese sich dem Anspruch, empirisch zu sein, unterwirft. Deshalb gibt es ein „Vetorecht der Quellen“ gegen Interpretationen, eine Formulierung des früheren Preisträgers Reinhart Koselleck¹¹. Zweitens kann aber auch Geschichtswissenschaft Ansprüche der Geschichte delegitimieren, weil sie durch Nachdenken auf kritische Distanz zur normativen Kraft des Faktischen und den Zwängen des kulturellen Gedächtnisses gehen kann. Aus beiden Gründen kann es jenes ebenso vorläufige wie zerbrechliche Gebilde geben, das man historische Wahrheit nennt.

Das delegitimierende Geschäft ist freilich schwierig und kompliziert, weil Interessen die legitimatorischen Konstrukte hochgradig emotional besetzt und zu kulturellen Selbstverständlichkeiten gemacht haben. Das erweist sich bereits am ersten Beispiel aus meiner Arbeit, dem päpstlichen Nepotismus¹². Vor allem im Spätmittelalter und der Frühneuzeit haben regelmäßig Verwandte der Päpste nur auf Grund dieser Verwandt-

¹⁰ Peter Sloterdijk nach Peter Glotz, Geschichte in der politischen Auseinandersetzung, in: Fußmann, (wie Anm. 6) 159–163, hier 161.

¹¹ Reinhart Koselleck, Standortbindung und Zeitlichkeit, in: *ders.*, *Vergangene Zukunft* (Frankfurt 1989) 206.

¹² Unter den gegebenen Umständen wird man mir die folgenden Selbstzitate hoffentlich nachsehen: Wolfgang Reinhard, *Papstfinanz und Nepotismus unter Paul V. (1605–1621)*. Studien und Quellen zur Struktur und zu quantitativen Aspekten des päpstlichen Herrschaftssystems, 2 Bde. (Päpste und Papsttum 6, Stuttgart 1974); *ders.*, *Ämterlaufbahn und Familienstatus. Der Aufstieg des Hauses Borghese 1537–1621*, in: *Quellen und Forschungen aus italienischen Archiven und Bibliotheken* 54 (1974) 328–427; *ders.*, *Nepotismus. Funktionswandel einer papstgeschichtlichen Konstanten*, in: *Zeitschrift für Kirchengeschichte* 86 (1975) 145–185.

schaft kirchenpolitische Führungspositionen bekleidet, obwohl viele von ihnen dafür völlig ungeeignet waren. Außerdem hat diese Praxis einen beträchtlichen Teil der kirchlichen Einkünfte verschlungen.

Diese Tatsachen sind bekannt und werden auch in Rom höchstens dann geleugnet, wenn es um eine Selig- oder Heiligsprechung geht. So im Falle des Kardinals Roberto Bellarmino, der wie die Päpste auch seine Verwandten nach Kräften gefördert hat. Als er 1923 zur Seligsprechung anstand, verfielen Historiker, die dieses Verhalten dargestellt hatten, der päpstlichen Ungnade, und es wurde eine offizielle Widerlegung in Auftrag gegeben.

Der Nepotismus wird aber gegen Kritik dadurch immunisiert, daß man im Sinne der aristotelisch-scholastischen Trennung von Substanz und Akzidenz zwischen Institution und Person unterscheidet. Akzidentell unwürdige Diener wie z. B. die Borgia, von denen gleich noch einmal die Rede sein wird, vermögen daher den substantiell makellosen Charakter der römischen Kirche in keinem Falle zu beflecken.

Es läßt sich aber zeigen, daß das System des päpstlichen Nepotismus keineswegs akzidentell, sondern ein integrierender Bestandteil des päpstlichen Herrschaftssystems und damit der Institution römische Kirche gewesen ist, und zwar aus zwei Gründen. Erstens galt Verwandtenbegünstigung in der Vormoderne als sittliche Pflicht. Das kann man bei einem so integren Theologen wie Thomas von Aquin nachlesen. Leistungsethos und Gleichheitsdenken waren noch wenig entwickelt, und es gab wenig andere Möglichkeiten für den Einzelnen, sein Leben abzuschern, als die Familie. Zweitens ist diese generelle Schwäche der Institutionen der Grund dafür, daß Verwandte im Ruf standen, die einzig zuverlässigen politischen Mitarbeiter zu sein. Aus beiden Gründen war ein Nepotismus, der nicht exzessiv betrieben wurde, ein völlig normaler und legitimer Bestandteil vormoderner sozialer Praxis.

Auf den ersten Blick scheinen diese Forschungsergebnisse auf eine neue Apologetik, auf eine subtilere Legitimationsstrategie hinauszulaufen. Auf den zweiten Blick haben aber die Betroffenen ihren delegimatorischen Charakter rasch erkannt – „das Volk Gottes hat keine Sozialgeschichte“, hat mich einst ein römischer Prälat angeschnauzt. Denn unsere Strukturanalyse hat die Institution römische Kirche, die sich kraft göttlicher Stiftung als der kontingenten Gewöhnlichkeit dieser Welt bereits entrückt gebärdet, im Wortsinn radikal auf den Boden der historischen Wirklichkeit ihrer kulturellen Wurzeln zurückgeholt, ihres göttlichen Status entkleidet und zu hundert Prozent menschlich gemacht. Ob der theologische Anspruch des Papsttums damit ebenfalls delegitimiert

ist oder nur neu definiert werden muß, ist nicht mehr Problem der Historiker. Diese gewinnen aber nebenbei die Erkenntnis, daß sich seriöse empirische Ergebnisse häufig durch mehrfache Verwendbarkeit auszeichnen, vielleicht ein Hinweis auf die delegitimatorische Offenheit der Geschichte, von der die Rede war.

Die unwürdigsten Personen, von denen die Kirche als Braut Christi vergewaltigt wurde, kamen aus Spanien. Wir kennen sie alle: die Borgia. Nun kann man Papst Alexander VI. und seine Familie natürlich nicht in Heilige verwandeln. Es läßt sich aber zeigen, daß die Extremformen der medienwirksam gegen sie erhobenen Beschuldigungen unzutreffend sind und durchaus den Namen *Borgia-Legende* verdienen¹³. Sie erweisen sich nämlich als eine Verzweigung der *Leyenda negra*, der *schwarzen Legende*, jener gehässigen Charakteristik der Spanier, mit der Italiener bereits im 15. Jahrhundert ihre Abneigung gegen die damalige westliche Führungsmacht, die ihre Halbinsel beherrschte, zum Ausdruck brachten¹⁴.

Im 16. Jahrhundert wurde die schwarze Legende unter tatkräftiger Mitwirkung Martin Luthers und Wilhelms von Oranien mit neuen Bestandteilen angereichert. Vollentwickelt läuft sie auf Viererlei hinaus: erstens die allgemeine Sittenlosigkeit und Grausamkeit der Spanier, die teilweise auf ihren jüdischen und muslimischen Blutsanteil zurückgeführt wurden, zweitens die Verbrechen König Philipps II., der unter anderem seinen Sohn Don Carlos und seine zweite Frau ermordet haben soll, drittens die Verbrechen der Inquisition, der völkermörderische Absichten unterstellt wurden, viertens die Verbrechen der Conquistadoren an den Indianern. Sie lebt noch heute weiter; in Deutschland wurde sie von Goethes *Egmont* und Schillers *Don Karlos* literarisch kanonisiert.

Das meiste ist längst kritisch zurechtgerückt, aber vor allem der Vorwurf des Völkermords an den Indianern erfreut sich nach wie vor großer Beliebtheit. Hat nicht der in Spanien bis heute als „Nestbeschmutzer“ verabscheute Kolonialkritiker Bartolomé de las Casas in seinem *Kurzen Bericht von der Zerstörung Indiens* – wir würden sagen *Amerikas* – schon damals festgestellt, die Spanier hätten in wenigen Jahren 12 Mio. Indios umgebracht? Läßt sich nicht empirisch nachweisen, daß die India-

¹³ Vgl. Susanne Schüller-Piroli, *Borgia. Die Zerstörung einer Legende* (Olten, Freiburg i.Br. 1963).

¹⁴ Wolfgang Reinhard, Eine so barbarische und grausame Nation wie diese. Die Konstruktion der Alterität Spaniens durch die *Leyenda negra* und ihr Nutzen für allerhand Identitäten, in: Hans Joachim Gehrke (Hrsg.), *Geschichtsbilder und Gründungsmythen* (Identitäten und Alteritäten 7, Würzburg 2001) 159–177.

nerbevölkerung überall drastisch zurückging und von der zuerst kolonisierten Insel Haiti völlig verschwand?

Selbstverständlich läßt sich der Bevölkerungsrückgang sowenig bestreiten wie die Verbrechen der Conquista, obwohl letztere insofern nicht außergewöhnlich waren, als sie der üblichen Art und Weise entsprachen, mit der man damals – und nicht nur damals – mit hilflosen Menschen fremder Gruppen umging. Aber das Massensterben geht dennoch nicht auf sie zurück, sondern auf die fehlende Immunität der bisher isolierten Bewohner der neuen Welt gegen die Infektionskrankheiten, die von Europäern und Afrikanern eingeschleppt wurden.

Nichtsdestoweniger diente und dient der Völkermordvorwurf zur Legitimation von allerhand spanienfeindlichen Aktionen. Regelmäßig erschienen zu solchen Anlässen Neuauflagen und Übersetzungen des *Kurzen Berichts* des Las Casas, im Zuge des niederländischen Freiheitskampfes gegen Spanien und der spanisch-französischen Kriege des 16. Jahrhunderts, beim katalanischen Aufstand gegen Kastilien, zur Eroberung Jamaicas durch die Engländer, zur Unabhängigkeitsbewegung Spanisch-Amerikas, zum Krieg der USA gegen Spanien 1898 und so fort.

Wilhelm von Oranien hat die 12 Mio. ermordeten Indianer des Las Casas großzügig auf 20 Mio. aufgerundet. Das delegitimatorische Geschäft hat es nicht selten mit solchen frei erfundenen Zahlenangaben zu tun, die aus dubiosen Quellen stammen und von der historischen Literatur ungeprüft weitergegeben werden. Man könnte die 15 Mio. nach Amerika verkauften afrikanischen Sklaven nennen, die inzwischen immerhin auf knapp 10 Mio. reduziert wurden¹⁵, oder die neun Mio. verbrannten Hexen, aus denen inzwischen ganze 52000 geworden sind¹⁶. Damit wird die Schuld der Täter nicht verkleinert, aber unter Umständen die Möglichkeiten zum legitimatorischen Mißbrauch ihrer Untaten reduziert.

Was hat die Kritik der *Leyenda negra* in diesem Sinne delegitimiert? Sie hat den politisch bis heute ausmünzbaren moralischen Superioritätsanspruch des protestantischen Europa gegenüber dem katholischen in Frage gestellt, darüber hinaus denjenigen der USA als der Erben des protestantischen Europa gegenüber Lateinamerika. Denn wenn es in der Neuen Welt Völkermord an Indianern gegeben hat, dann in den britischen Kolonien und den USA und nicht in Lateinamerika!

¹⁵ Philip D. Curtin, *The Atlantic Slave Trade* (Madison 1969).

¹⁶ Wolfgang Behringer, *Hexen* (München 1998) 65 f.

Merkwürdig mutet in diesem Zusammenhang der besondere deutsche Eifer bei der Denunziation des angeblichen spanischen Völkermordes an, der um 1992 sogar zu diplomatischen Spannungen mit Spanien führte. Möglicherweise läßt sich diese Leidenschaft durch den Hinweis delegitimieren, daß zwölf Mio. eben mehr sind als sechs – *Alibi* heißt auf Deutsch bekanntlich *anderswo*.

Damit wären wir bei der deutschen Geschichte, wo neuerdings der beflissene Versuch Aufsehen erregt, die Berliner Republik dadurch historisch zu legitimieren, daß das Alte Reich, das bis 1806 existierte und empirisch geradezu das Gegenteil eines modernen Nationalstaates war, zum *komplementären Reichs-Staat* umgetauft und zum Äquivalent der damals entstehenden Staaten Westeuropas gemacht wird¹⁷. Auf diese Weise soll die historische Identität des wiedergeborenen nationalen Machtstaates der Deutschen um viele Jahrhunderte zurück verlängert werden¹⁸.

Eine Widerlegung lohnt sich nicht. In einer Zeit, in der von Staatsversagen und Politikverdrossenheit die Rede ist, von der Krise oder gar dem Ende des Staates, erscheint es historisch wichtiger, nach der Legitimität des Staates allgemein und nach seiner aktuellen Legitimation durch die Volkssouveränität im besonderen zu fragen¹⁹.

Der vollentwickelte moderne Staat ist nämlich weder *uranfänglich* noch als anthropologische Notwendigkeit die wichtigste der sittlichen Mächte der Geschichte, wie deutsche Philosophen, Historiker und Juristen des 19. und 20. Jahrhunderts immer wieder behauptet haben. Anthropologisch notwendig ist die Ungleichheit unter den Menschen und eine Regelung der Machtverhältnisse, die sich daraus ergeben, also irgend eine Art von politischer Ordnung, nicht aber, daß diese Ordnung die Gestalt des modernen nationalen Machtstaates annehmen mußte.

Ich habe zu zeigen versucht, wie dieser Staat aus der historisch üblichen Kombination struktureller Rahmenbedingungen mit kontingenten menschlichen Aktivitäten entstanden ist. Grob vereinfacht handelt es sich auf der einen Seite um den vorgegebenen Polyzentrismus Europas und das von der Kirche vermittelte Erbe der Antike und des Judentums, auf der anderen um die Dynamik europäischer Dynastien und der in

¹⁷ Georg Schmidt, *Geschichte des Alten Reiches. Staat und Nation in der Frühen Neuzeit 1495–1806* (München 1999).

¹⁸ Heinz Schilling, *Reichs-Staat und frühneuzeitliche Nation der Deutschen oder teilmodernisiertes Reichssystem*, in: *Historische Zeitschrift* 272 (2001) 377–395.

¹⁹ Wolfgang Reinhard, *Geschichte der Staatsgewalt. Eine vergleichende Verfassungsgeschichte Europas von den Anfängen bis zur Gegenwart* (München 2000).

ihrem Dienst aufsteigenden Machteliten, wobei diese Dynamik sich vor allem in der Form des Krieges verwirklichte. Entstehung und Entwicklung des Staates wurden vom egoistischen Machtwillen bestimmter Menschen betrieben, deren Aktivitäten neuere Forschung unwidersprochen sogar in die Nähe organisierter Kriminalität gerückt hat²⁰.

Es gibt also keine Legitimität des Staates als Selbstzweck, wie uns lange gepredigt wurde. Vielmehr besteht, historisch gesehen, seine Legitimität ziemlich unimposant darin, daß es ihn nun einmal gibt und wir nach Lage der Dinge ohne seine Dienstleistungen nicht auskommen – auch Professoren nicht ohne das Gehalt, das er ihnen – noch – bezahlt.

Wo bleibt dann aber seine demokratische Legitimation durch die Volkssouveränität? Bereits Friedrich Nietzsche hat sie mit gewohnter Schärfe als Lüge entlarvt: „Staat heißt das kälteste aller kalten Ungeheuer. Kalt lügt es auch; und diese Lüge kriecht aus seinem Munde: ‚Ich, der Staat, bin das Volk‘. [...] der Staat lügt in allen Zungen des Guten und Bösen; und was er auch redet, er lügt – und was er auch hat, gestohlen hat er’s. [...] Denn er will durchaus das wichtigste Thier auf Erden sein, der Staat; und man glaubt’s ihm auch. – Also sprach Zarathustra.“²¹

Rousseau versprach, dem Menschen dadurch Freiheit zu garantieren, daß er nur Gesetzen gehorchen müsse, die er sich selbst gegeben habe. Denn als Bürger vereinige er ja die Eigenschaften des Untertanen mit denjenigen des Souveräns. Historisch gesehen, erwies sich dieses Konstrukt als die genialste Errungenschaft zur Legitimation der am eigenen Wachstum arbeitenden Staatsgewalt. Bis dahin beruhte sie nämlich auf Fremdlegitimation, auf dem Gottesgnadentum oder der Erbringung von Leistungen für das Gemeinwohl, der Garantie des Existenzminimums, der sogenannten *Hausnotdurft*, der Garantie von Frieden und Recht. Dank Rousseau aber wurde die Staatsgewalt zum legitimatorischen Selbstversorger, entzog sich jedem Kontrollanspruch der Religion und der Untertanen. Künftig konnte sie selbst über ihre Kompetenzen entscheiden.

Außerdem wird gerne übersehen, daß Rousseaus System streng genommen nur in der direkten Gemeindedemokratie funktionieren konnte, in einer politischen Welt, in der Bürger tatsächlich noch über das mitbestimmen konnten, was sie unmittelbar angeht. Wir sollten uns daran erinnern, daß *Politik* von Haus aus das öffentliche Leben einer *Polis*,

²⁰ Charles Tilly, *War Making and State Making as Organized Crime*, in: Peter B. Evans, Dietrich Rueschemeyer, Theda Skocpol (Hrsg.), *Bringing the State Back In* (Cambridge 1985) 169–191.

²¹ Nietzsches Werke. Klassiker Ausgabe, Bd. 6 (Stuttgart 1921) 69f., 194.

eines Stadtstaates bezeichnete und auf den modernen Großstaat nur in übertragenem Sinn angewandt werden kann, wenn überhaupt.

Es sind übrigens nicht nur Historiker, die Volkssouveränität als juristische Fiktion bloßstellen. Denn während ein prominenter Kommentator von Grundgesetz 20,2 im Jahre 1980 noch von der Volkssouveränität ausging²², werden den Besuchern des deutschen Bundestages im Jahr 2001 offizielle Druckschriften verteilt, in denen dieser sich selbst zum Souverän erklärt²³.

Wie wir sahen, delegitimiert Geschichte durch Geschichtswissenschaft. Im Extremfall hat Geschichte aber die Kraft, sogar das Treiben ihrer eigenen Wissenschaft, der Historikerinnen und Historiker zu delegitimieren. Seit der sogenannten linguistischen Wende haben wir ja nicht nur gelernt, mit ganz neuer Sorgfalt auf ganz neue Momente unserer Quellentexte zu achten. Nein, wir mußten sogar erfahren, daß Sprachen in sich geschlossene Referenzsysteme sind, daß es in der Welt deshalb nur Texte gibt, die beliebig auslegbar sind, so daß kein Unterschied mehr zwischen Literatur und Wissenschaft ausgemacht werden kann. Irgendeine historische Wahrheit hinter den Texten, auf die deren Sprache sich bezöge, gibt es nicht, und wenn es sie gäbe, wäre sie ohne Interesse. Eine prominente Historikerin hat demgemäß an prominenter Stelle ihr Schreiben ungescheut als Dichtung definieren können²⁴.

Obwohl diese neue Historik auf jüdische Denker und die Tradition jüdischer Bibelauslegung zurückgeht²⁵, ist sie paradoxerweise am zentralen Faktum der jüdischen und deutschen Geschichte gescheitert. Der Massenmord an Juden ist kein Text. Die extremen Schrecken der Geschichte, die Geschichte als der Ort des Bösen, haben den intellektuellen Höhenflug postmoderner Studierzimmerhistorie delegitimiert²⁶.

²² Roman Herzog, Artikel 20 (1980) 31 u. ö., in: *Theodor Maunz, Günter Dürig u. a., Grundgesetz. Kommentar*, Bd. 2.

²³ Einblicke – Ausblicke. Ein Rundgang durch den deutschen Bundestag (Berlin 2000) 8.

²⁴ Wenn *Natalie Zemon Davis*, *The Shape of Social History*, in: *Storia della storiografia* 17 (1990) 31 die Geschichte des historisch Möglichen schreiben will, dann ist das im klassisch-aristotelischen Verständnis schöne Literatur, denn Poesie hat es mit dem Möglichen zu tun, Historie aber mit dem Wirklichen. Vgl. auch die Auseinandersetzungen um *dies.*, *Die wahrhaftige Geschichte von der Wiederkehr des Martin Guerre* (Frankfurt a. M. 1989) sowie ihren öffentlichen Vortrag beim Aachener Historikertag 2000.

²⁵ Ich stütze mich auf die Beiträge der jüdischen Philosophin Almut S. Bruckstein zu dem bisher von mir geleiteten Forschungsprojekt „Hermeneutik interkulturell – intrakulturell – transkulturell“, die hoffentlich bald gedruckt vorliegen werden. Eine zentrale Rolle spielt in diesem *frankoamerikanischen Diskurs* natürlich Jacques Derrida.

²⁶ Vgl. *Hayden White*, *Historical Emplotment and the Problem of Truth*, in: *Saul Friedländer* (Hrsg.), *Probing the Limits of Representation: Nazism and the „Final Solution“* (Cam-

Es ist nicht einfach, Geschichte als Delegitimation zu betreiben. Der britische Historiker Geoffrey Elton hat 1976 dergleichen zwar zur Pflicht der Historiker erklärt: „Seitdem historische Forschung professionell geworden ist, das heißt, systematisch, gründlich und auf Quellen beruhend, hat sie immer wieder gerade jene Interpretationen zerstört, die besonderen Interessen dienen, insbesondere dem nationalen Selbstbewußtsein und Selbstvertrauen.“²⁷ Das hat ihn aber nicht daran gehindert, sich als historischer Ideologe des starken Staates zu profilieren²⁸. Auch Historiker sind wie alle Menschen in gesellschaftliche und fachliche Interessen eingebunden. Wahrscheinlich kann man der Aufgabe nur gerecht werden, wenn man gesellschaftlich und fachlich ein bißchen Außenseiter ist. Der Historiker als Hofnarr, der den Mächtigen unangenehme Wahrheiten sagen darf²⁹, über die sie dann zur Tagesordnung übergehen können.

Doch warum tue ich's eigentlich? Ich glaube nämlich nicht, daß Goethe ganz recht hat, wenn er meinte: „Geschichte schreiben ist eine Art, sich das Vergangene vom Halse zu schaffen.“³⁰ Und ich zweifle auch an der Verheißung, die an meiner Universität eingemeißelt ist und als mißbrauchter Bibelspruch eigentlich ebenfalls delegitimierter Kritik bedürfte: „Die Wahrheit wird euch frei machen.“³¹ Frei wovon? Frei wozu?

Lieber halte ich mich an das Pathos des absurden Theaters, an Samuel Beckett: „Ein Loch nach dem anderen in [die Sprache] zu bohren, bis das Dahinterkauernde, sei es etwas oder nichts, durchzusickern anfängt – ich kann mir für den heutigen Schriftsteller kein höheres Ziel vorstellen.“³² Auch nicht für den heutigen Historiker! Aber derselbe Beckett schrieb stammelnd gegen Ende seines Lebens, ich übersetze: „Immer versucht. Immer gescheitert. Macht nichts. Versuchs wieder. Scheitere wieder. Scheitere besser.“³³

bridge MA 1992) 37–53, hier 38, nach *Egon Flaig*, *Kinderkrankheiten der Neuen Kulturgeschichte*, in: *Rechtshistorisches Journal* 18 (1999) 458–476, hier 465.

²⁷ Nach *Richard J. Evans*, *Fakten und Fiktionen. Über die Grundlagen historischer Erkenntnis* (Frankfurt a.M. 1998) 147.

²⁸ Ebd. 184 f.

²⁹ Ebd. 147 nach *Theodore Zeldin*, *Social History and Total History*, in: *Journal of Social History* 10 (1976) 237–245, hier 245.

³⁰ *Johann Wolfgang von Goethe*, *Maximen und Reflexionen* 105, aus: *Über Kunst und Altertum*, Dritten Bandes erstes Heft (1821), *Eigenes und Angeeignetes in Sprüchen*, in: *Sämtliche Werke* (Münchener Ausgabe) Bd. 17 (München 1991) 739.

³¹ Joh 8, 32.

³² *Samuel Beckett*, *Disjecta* (1937, London 1983) 52.

³³ *Samuel Beckett*, *Worstward Ho* (London 1983) 7: Ever tried. Ever failed. No matter. Try again. Fail again. Fail better.